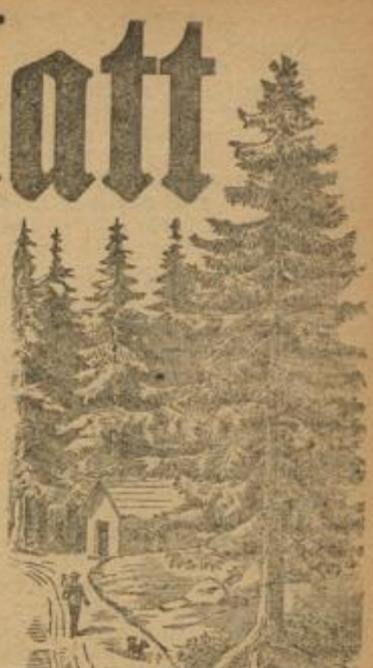


Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags, Bezugspreis monatlich Mk. 7,00, vierteljährlich 21,00 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 22,50 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 1 Mk., auswärts 1,20 Mk., Reklamezeilen Mk. 3,00, bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 305

Februfr 179

Wildbad, Donnerstag, den 29. Dezember 1921

Februfr 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern des deutschen Eisenbahnerverbands, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und des Allgemeinen Eisenbahnerverbands wegen der Lohnforderungen haben am 27. Dezember zu keiner Verständigung geführt. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt.

Reichsbankpräsident Havenstein hat sich entschieden dagegen ausgesprochen, daß für die Januarzahlung an die Wiederherstellungskommission ein neuer Eingriff in den Goldbestand der Reichsbank gemacht wird, der von verschiedenen Privatbanken empfohlen wird.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer wird zum Gesandten in Wien ernannt.

Die Wiederherstellungskommission in Paris wird, auf das Ersuchen der Reichsregierung, die deutschen Vertreter am 29. Dezember empfangen.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Koblentz, in nächster Zeit wird die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland auf 3000 Offiziere und Mannschaften herabgesetzt werden.

Von London aus wird berichtet, daß Lloyd George und Briand die bolschewistischen Volkskommissare Tschitschew und Litwinow zu einer Besprechung am 8. Februar in London auffordern oder überhaupt mit ihnen zusammentreffen werden.

Die jugoslawischen Truppen haben Albanien geräumt.

Chile hat sich mit dem peruanischen Vorschlag eines Schiedsgerichts der Vereinigten Staaten in dem Grenzstreit einverstanden erklärt.

Was wird „repariert“?

W. B. Reparation bedeutet Wiederherstellung. Der Gebrauch dieses Wortes zur Kennzeichnung der von Deutschland zu leistenden Abgaben soll also besagen, daß mit Hilfe deutscher Arbeit oder gleichwertiger Geldsummen die durch die Kriegsführung zerstörten (privaten) Sachgüter wieder erstellt, ersetzt oder vergütet werden sollen.

Diesem Grundsatz widerspricht zunächst schon die Höhe der geordneten Summe. 132 Milliarden Goldmark sind gleichbedeutend mit mindestens zwei Dritteln der gesamten französischen Volksvermögens vor dem Krieg; und selbst die willkürlichste Schadeschätzung konnte auf Beträge solcher Größe nur kommen, indem sie, entgegen dem Sinn des Wiederherstellungsbegriffs, die kapitalisierten Renten des französischen Heers mit eintrechnete. Die Summen sind somit, an dem angelsächsischen Hved gemessen, um ein vielfaches zu hoch; aber nicht davon soll in diesem Augenblick die Rede sein.

Dreiierlei Tatsachen haben den Verfall der Reparations-Gebühren durch Erfahrungen widerlegt: 1. Die Summen können nicht bezahlt werden; 2. Soweit sie bezahlt werden, entspricht ihre Verwendung nicht dem vertraglichen Zweck; 3. Die Zahlungen schädigen auch die Empfänger.

Die Reparationen in ihrer vollen Höhe sind un-aufbringbar, nicht nur weil die Summen an sich zu hoch sind, sondern mehr noch infolge der verfehlten Zahlungsart. Die Entwertung des deutschen Geldes bewirkt, daß jede in bar gezahlte Milliarde die deutsche Wirtschaft das Vier- bis Fünffache an Sachleistung kostet; während andererseits jede deutsche Arbeitsmilliarde auf dem Weg in die Kästen der Empfänger zu einem Bruchteil zusammenschumpft. Wiederhergestellt aber wird mit dem deutschen Geld — nichts. Die „zerstörten Gebiete“, besonders Frankreichs sind entweder schon aufgebaut oder der Aufbau ist auf unbestimmte Zeiten verschoben. Es ist ja auch klar, daß die langsam fließenden deutschen Zahlungen im riesenhaft aufgeschwemmten Haushalt der Großmächte nur wenig bedeuten.

Was also bezahlt Deutschland oder was würde es, wenn es zur uneingeschränkten „Erfüllung“ fähig wäre, bezahlen? Die Antwort muß lauten: Die Heere und Flotten der Welt. Bis jetzt ist Deutschlands wichtigste „Sachleistung“ die Erhaltung des Besatzungsheers. Was darüber hinaus gefordert wird, etwa 3½—4 Mil-

liarden Goldmark, entspricht ziemlich genau den Kosten des französischen und polnischen Heers. Es ist noch eine andere Berechnungsart möglich: die Zinsen der Schulden, die der europäische Verband in Amerika aufgenommen hat, kosten etwa 2½ Milliarden Goldmark jährlich. An ihre Herabminderung oder Erlassung ist nur zu denken, wenn die Schuldnerstaaten abrücken. Gelingt es ihnen, die Schuldenlast auf Deutschland abzuwälzen, so werden sie nicht nur selbst in verstärktem Maße weiterkräften, sondern auch andere, einschließlic Amerika, dazu zwingen. Die „Reparationen“ sind die Finanzierung der Weltkriegsgefahr.

Das zerrissene Volk.

S. P. Wenn man in unsern Tagen vom deutschen Unglück redet, so denkt man dabei meist nur an die schweren Lasten, die der Versailler Vertrag unserem Volk in staatlischen und wirtschaftlichen Dingen auferlegt. Größer aber will uns das Unglück dünken, das in der völligen Zerrissenheit unseres Volks begründet liegt, das jede Hoffnung auf eine Gesundung, auf einen Aufstieg im Keim ersterben läßt und über das jedem wahren Vaterlandsfreund das Herz blüht. Ungepeitschte Leidenschaft zerstört den Kitt, der die einzelnen Bausteine des Reichsbauwerks zusammenhält, wagt die Bestandteile des Ganzen aus und führt zum Zerfall. Parteien und Konfessionen, Berufsclassen und Stämme, befehlen sich in der Zeit schwerster allgemeiner Not.

Fürwahr, das Gedächtnis der Ermordung Hermanns des Verräters durch seine Verwandten wird würdig gefeiert. 1900 Jahre deutscher Geschichte sind inzwischen verflissen, ein Leidensweg gescheiterter Hoffnungen, wirtschaftlicher Gedrücktheit, innerer Zwispaltigkeit. Das Volk aber, das aus dieser harten Schule hervorgegangen ist, weist immer noch den uralten Grundzug unpolitischer Denkwiese auf. Ist der Fall wirklich hoffnungslos? Fehlt uns wirklich jede vaterländische Veranlagung? Immer wieder vom Schicksal zu Boden geworfen und zerrissen, hat das deutsche Volk doch stets wieder sein nationales Leben aufgerichtet, seinen Staat als Willkür in-schast geschaffen und so dem ungeborenen Nationalbewußtsein die äußere Form gegeben. War auch der Begriff „deutsch“ jeweils kaum ein halbes Jahrhundert derselbe, entwickelten sich auch die schönsten Ansätze nationaler Entfaltung selten bis zu voller Blüte, jagte auch ein Zusammenbruch den andern — das Nationalbewußtsein blieb erhalten. Das gibt uns Hoffnung!

Ueberwinden wir, jeder im Kleinen treu, was trennt und zerlegt, fördern wir alles, was verbindet und einigt kann, ergreifen wir uns selbst und unsere Mitbürger zu staatlischem Denken, dann ist wenigstens eine Grundlage für einen Aufstieg Deutschlands gegeben.

Aus der Totenliste des Jahres 1921.

1. Januar: Reichskanzler a. D. v. Wichmann-Hollweg in Hohenjow. 2. Januar: der Maler Franz Deitgreger in München. 4. Februar: Karl Hauptmann, Schriftsteller, Bruder von Gerhart Hauptmann, jenerer Staatsminister a. D. Freiherr von Soden in Tübingen. 5. Februar: Admiral Graf Bandislin in Charlottenburg. 15. März: Großwesir Talaat Pascha in Berlin auf offener Straße von einem Armenier erschossen. 11. April: Kai, ein Auguste Viktoria in Doorn (Beisehung am 19. in Berlin). 14. Mai: Frau von Hindenburg in Hannover. 25. Juni: Staatssekretär a. D. Trimborn in Bonn. 26. August: Ermordung Erzbergers am badischen Kniebis. 21. September: Explosionskatastrophe in Oppau, 560 Tote und Vermisste. 2. Oktober: König Wilhelm II. von Württemberg in Bebenhausen (7. Okt. Beisehung in Ludwigsburg). 18. Oktober: König Ludwig III. von Bayern auf Schloss Savar in der Tschechoslowakei (Beisehung des bayer. Königspaars am 5. Nov. in München). Von den weiteren Toten des Jahres seien noch genannt: die Bischöfe Dr. Müller-Köln, Benzler-Metz, Korum-Trier, Nörber-Feiburg, Geistlicher Rat Wacker-Freiburg, die Zentrumsführer Dipe und Burlage, der würter. Staatsminister a. D. v. Fleischbauer, der frühere Staatssekretär und Reichstagsabgeordnete Dr. v. Desbrück, Generaloberst von Bessler.

Neues vom Tage.

Veränderungen in der Reichswehr.

Berlin, 28. Dez. Infolge der neuen Forderung der Ueberwachungskommission, daß keine Staatsoffiziere in den Stellungen der Kompagnie-, Schwadrons- und Batterie-Chefs verwendet werden dürfen, hat der Reichspräsident, wie die „D. Tagesztg.“ berichtet, umfangreiche Veränderungen in der Reichswehr vorgenommen. Durch diese neue Forderung des Generals Rasler sollen auch erneute Verabschiedungen im Offizierskorps der Reichswehr notwendig sein.

Begnadigung von Kommunisten.

Berlin, 28. Dez. Von den wegen Teilnahme am Märzaufruch in Mitteldeutschland verurteilten Kommunisten sind auf Wunsch des Reichspräsidenten Ebert vom Reichsjustizminister auf Weihnachten 268 begnadigt worden.

Anndgebung der Ägypter in Berlin.

Berlin, 28. Dez. Gestern nachmittag fuhr in Berlin anwesende Ägypter in 30 Dresfchen vor das Haus der englischen Botschaft in der Wilhelmstraße, schwenkten die türkische Fahne mit dem Halbmond und riefen: „Nieder mit England! Ägypten soll frei werden!“ Die Botschaft war polizeilich bewacht. Zwischenfälle kamen nicht vor.

Keine neuen Hochverratsprozesse.

Leipzig, 28. Dez. An unterrichteter Stelle wird mitgeteilt, daß neue Hochverratsverfahren wegen des Rapp-Unternehmens vor dem Reichsgericht nicht schweben und auch keine reichsgerichtliche Handlung gegen Feigen des Jagow-Prozesses (gemeint ist Lubendorff) in Aussicht genommen sei.

Entschädigung von Plünderung.

Colmar i. E., 28. Dez. Wie erinnerlich, wurden nach dem Abzug der Deutschen im Herbst 1918 eine Anzahl hiesiger Geschäfte, deren Inhaber deutscher Abstammung waren, von der Menge geplündert. Die Besitzer von zwei solchen Geschäften reichten gegen die Stadtverwaltung Schadensersatzklage ein und das hiesige Landgericht entschied, die Stadt habe die beiden geschädigten Kaufleute zu entschädigen, da sie nicht alles getan habe, um die Plünderungen zu verhindern.

Sünden Deutschlands und kein Ende.

Paris, 28. Dez. Die Blätter teilen, offenbar beeinflusst, mit, daß die Wiederherstellungskommission sich mit einer angeblichen neuen dritten Verfehlung Deutschlands in der Lieferung von Holz zu beschäftigen habe. Die regelmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen täglich sei seit dem 15. Dezember auf 9000 bis 10 000 Tonnen zurückgegangen. Die erste Verfehlung rühre vom Juli 1920 her, vor der Konferenz von Spa, die zweite gehe auf den Monat März 1921 zurück, als die Reichsregierung die erste Milliarde Goldmark, die auf Grund des Versailler Vertrags als Abschlagszahlung der Summe von 12 Milliarden verlangt wurde, nicht bezahlt habe.

Vertrauensabstimmung für Briand.

Paris, 28. Dez. Ministerpräsident Briand brachte gestern in der Kammer einen Gesetzentwurf für die Wiederherstellung der zusammengebrochenen „China-Industriebank“ ein, nach dem die jährlichen Entschädigungszahlungen Chinas aus dem Boxeraufstand zur „Sicherstellung der materiellen und moralischen Interessen Frankreichs im fernem Osten“ verwendet werden sollen. Briand erklärte, es sei ein Unglück für das Land, daß es einen so tüchtigen Beamten wie Berthelot verliere, der wegen seiner Beteiligung an der Bankgeschichte aufs heftigste angegriffen werde. Er lehne den Antrag, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, ab, dagegen billige er die von dem Abg. Dutrey eingebrachte Tagesordnung, die Kammer vertraue darauf, daß die Regierung das Ansehen und den Kredit Frankreichs im fernem Osten nicht vermindern lasse und daß sie Maßnahmen ergreife, die für den Zusammenbruch der Bank Verantwortlichen festzustellen und zu bestrafen. Briand billigte ferner den Zusatzantrag Herriot, daß jedem Parlamentarier und Staatsbeamten verboten wird, in den Ausschichtsrat von Finanzgesellschaften einzutreten. Der beantragte Untersuchungsausschuß wurde darauf mit 390 gegen 213 Stimmen abgelehnt. Die Vertrauensabstimmung Dutrey wurde mit dem Zusatzantrag Herriot mit 355 gegen 117 Stimmen angenommen.

Neue Abrüstungskonferenz nötig?

Paris, 28. Dez. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ teilt mit, es seien Vorbereitungen im Gang, um eine neue internationale Konferenz für die „Entwaffnung“ einzuberufen, auf der eine größere Anzahl von Nationen vertreten sein sollen.

